

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen, Wochens. Beilagen, „Arbeiterfreund“ sowie „Nacht u. Tag“. Unerlangt eingekaufene Manuskripte ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Herz 4244. Folgeblätter zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4067. Verordn. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2.— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,80 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt ab. u. Postboten zugestellt 2,40 Mk. bei direkter Einbindung an den Verlag 2,30 Mk. Einzelnenpreis 12 Pf. im Umkleien und 60 Pf. im Reklametele. u. Millimeter. — Druckgeschäft: Kelle Herz 4244. Fernruf 4066. — Sprechst. Dr. Hirschstraße 27. — Postfachkonto 20319 Gertur

Die Märzschlacht.

Die Reichsregierung betont ihre Bereitwilligkeit zur Verschleuderung von Volksvermögen für die Abfindung der Fürsten.

Volksbegehren vom 4. bis 17. März.

Rüffet zum Kampf!

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern, in der die Eintragungspflicht für das von der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei beantragte Volksbegehren Entziehung der Fürstentümern“ auf die Zeit vom 4. März bis einschließlich 17. März 1926 festgesetzt wird.

Selbstamtlich wird dazu mitgeteilt: Die Reichsregierung hat die gleichmäßig vorgeschriebene Zulassung des von der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei beantragten Volksbegehrens auf Einbringung eines Gesetzes über die Entziehung der Fürstentümern beschließen, nachdem festgestellt war, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind.

Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gesetzlichen Vorschriften über die Behandlung solcher Anträge entsprochen; den Inhalt des Gesetzesentwurfs, der eine häufig unerschwingliche Entziehung vorseht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen. Er arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstag geführten Verhandlungen über eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage bald zu einem gesetzlichen Abschluß gelangen und daß dann der weitestgehende mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgegeben wird, abgelehnt wird.

Mit dieser halbamtlichen Erklärung, zu der das W.B. mehrschuldig ermahnt war, nimmt die Reichsregierung in einerseitiger Weise gegen die Initiativparteien Stellung. Ein Verfahren, das auf das schärfste zurückgewiesen werden muß. Aufgab der Reichsregierung war es lediglich, den Antrag auf Volksentscheid auf seine Gesetzlichkeit zu prüfen, ihn abzulehnen oder ihn anzunehmen und die Zeit des Volksbeschlusses zu bestimmen. Wenn die Reichsregierung darüber hinaus das Bedürfnis gehabt hat, sich als Fürstentümern zu probieren, so zeigt das die besondere Notwendigkeit, gegen die Absichten dieses Kabinetts der Verschleuderung von Volksvermögen die schärfsten Saiten aufzuspielen.

Vom Sozialdemokratischen Pressedienst wird uns geschrieben:

Die Regierung lebt immer noch in der Hoffnung, daß der Verzicht auf den beantragten Volksentscheid vorläufig noch nicht aus ausgeschlossen ist. Normell ist die Zurückziehung des beantragten Volksentschlusses bis zum 17. März, d. h. bis zu dem Ende des Eintragungstermins für das Volksbegehren, möglich, aber praktisch ist es unbedenklich, daß von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden kann. Die Forderung nach entscheidungsloser Entziehung ist von der Sozialdemokratie erhoben worden, um sie unter Aufwendung aller Mittel und Kräfte durchzusetzen und nicht um sie zu verstoßen, wenn Herr Luther aus einem schönen Tages aus irgendwelchen Gründen für angebracht hält. Die Regierung wird sich deshalb, ob sie will oder nicht, damit abfinden müssen, daß dem Volksbegehren, dessen Ausgang nicht zweifelhaft ist, die Prüfung für die Annahme des Volksentschlusses auf entscheidungslose Entziehung zugehen lassen und, wenn die Sozialdemokratie nicht hindern, auf dem einmal beschlossenen und als richtig anerkannten Wege fortzufahren. In dieser Hinsicht beharrt der offiziöse Kommentator übrigens nach einer nähere Erläuterung. Sei

die Regierung vielleicht die Absicht, vor dem amtlichen Apparat gegen den Volksentscheid in Bewegung zu setzen, oder gedenkt sie amtliche Gelder zum Kampf gegen die Vorbereitung auf entscheidungslose Entziehung zur Verfügung zu stellen? Mit dieser Frage behaftet es unser Herrn Minister! Es gibt zweifelslos Kräfte, die auf eine amtliche Zuhaltung des Volksentschlusses hinarbeiten, obwohl die Volksentscheidung nach Erledigung des Volksbegehrens nicht mehr eine Angelegenheit der Parteien, sondern des Reichs ist. Es beharrt jedenfalls alles darauf hin, daß die Partei in den kommenden Wochen einen sehr heftigen Kampf auszufechten hat, indem von der gegenparteilichen Seite alle Kräfte ergriffen werden dürften. Die Parteiorganisationen im Lande müssen deshalb jetzt schon mit aller Entschiedenheit an die Vorbereitung der großen Parteimandatsversammlung gehen. Diese Vorbereitung für einen erfolgreichen Ausgang ist die Erledigung der formellen Vorbereitungen für die Durchführung des Volksbegehrens. Alle Gemeinderäte müssen mit Einsetzungsbefugnissen versehen werden, deren Ausübung in der Zeit vom 4. bis 17. März besondere Aufmerksamkeit zu erfordern ist. Die Gemeinderäte sind verpflichtet, diese Pflichten auszuüben und die Gemeinderäte, denen kein Kenntnis zu geben. Das hat nicht geschieht, müssen sich die Parteigenossen sofort an die zuständige Parteiorganisation wenden, damit von dort aus Mithilfe geschicklich und der schärfste Amtsvorsteher zur Verantwortung gezogen werden kann.

Recht alle an die Arbeit! Das Ziel des Volksbegehrens muß sein, weit mehr als die zur Einleitung des Volksentschlusses erforderlichen vier Millionen Stimmen zu sammeln. Von Haus zu Haus muß für die Durchführung getrieben werden. Es darf keine Mühe, keine Strafe, keine Gemeinheit geben, in der die unerschütterlichen Forderungen der ehemaligen Herrschaftsmänner unbekannt sind und den natürlichen Plänen so aus Unkenntnis Vorwurf geschieht wird. Geht die Parteilinie in diesem unerschütterlichen Maße, dann ist der Ausgang des Volksentschlusses nicht zweifelhaft.



„Ich verlange nicht nur Aufwertung von Deutschland, sondern auch von England. Meine erlauchten Vorfahren haben damals das Tausendfacheren viel zu billig nach Amerika verkauft.“

Heinrich Heine.

Zum 70. Todestage des großen deutschen Publizisten.

Man sagte uns das Un glaubliche, Heinrich Heine sei heute 70 Jahre tot. Wir nehmen den Kalender zur Hand und die Tatsache bleibt. In den Jahren ist nicht zu rütteln. Aber merkwürdig ist doch: So lebendig wie dieser tote ist kaum einer. Und was der Laifalle Biograph einmal von seinem Selbsten sagte, daß man den toten Heine mehr fürchte als den Lebenden, das gilt in entsprechender Variation auch von Heinrich Heine, denn es war zu Lebzeiten nicht an Anfeindungen gefehlt hat — er mußte ja sogar noch Paris fliehen und farb im Exil ohne nach Deutschland zurückkehren zu können — dem aber doch erst nach seinem Tode in der Form von Widersachern erkannten ist, die seine Persönlichkeit zur Unvergleichlichkeit machten. Vom preussischen Oberlehrer, der das „Buch der Eidechse“ erobert, um es für leuchtende Modellen zu veröffentlichen, bis zum urteilenden Bierbar und großherzoglichen Literaturprofessor Adolf Bartels in Weimar, der Heine für die verabschiedungswürdige Skulptur innerhalb der deutschen Literaturgeschichte erklärte, haben sie alle ihre Bravo-Messer an ihm gewekt, ohne allerdings, geschichtlich gesehen, in der Lage gewesen zu sein, ihm auch nur die Stiefelsohlen zu zeigen. Es ist hier nicht der Platz, über den Poeten zu schreiben, der nach Johannes Scherr der größte deutsche Dichter seit Goethe und nach Eduard Engel mit der Poesie mit wenigen, die Zeit überdauernden Gedichten gewesen ist. Das aufstrebende Gedicht einer neuen Zeit kennt keinen Besseren, dessen Besprechung, dessen Sohn, dessen Wit und Zarite, dessen Poetik und Prosa sie bei ihren feilen Demonstrationen, Leiden und Kämpfen nicht entbehren will.

Gedenken wir darum des Republikaners und Revolutionärs, des Reichensfreundes und des mutigen Propagandisten der europäischen Völkervereinigung, gedenken wir seiner bescheidenen Wieser über den politischen, journalistischen und literarischen Charakterismus in Deutschland, gedenken wir des Mannes, der vor seinem Tode im hohen Bewußtsein einer erfüllten Mission von sich sagen konnte: „Ich bin die Stimme... ich habe Euch geführt...“

Als Heine um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts in Düsseldorf als Sohn jüdischer Eltern geboren wurde, schmiedete das deutsche Judentum gesellschaftlich geachtet und im Ghetto. Die Woge der französischen Revolution, die Proklamierung der Menschenrechte gitterten als erste Hoffnungsstrahlen nach Deutschland hinüber. Frankreichs Fall bedeutete für die westdeutschen Juden Emanzipation. Der imperialistische Kaiser, der die Gleichheit aller Staatsbürger auch nach dem Rheinland brachte, wurde ihr Befreier. Heine muß der Stöße die Schwand der gesellschaftlichen Separation seiner Rasse empfunden haben. Mit sechzehn Jahren, so berichtet er, entfiel die Wallade von den preußischen Grenadiere, jene Apologie auf Napoleon Bonaparte, die heute noch zu den härtesten poetischen Erzeugnissen seiner Gattung gehört. Heine erkannte Heine auch, daß die jüdische Emanzipation nur durch die Emanzipation des Gesamtvolkes gehen konnte und daß dieser Emanzipation die deutsche Kleinpartei, der Partikularismus, die Herrschaft der drei Tugenden Dummheit und anderes mehr im Wege stehen. So wußt aus dem nach Befreiung

Heine-Denkmal in Frankfurt a. M.



Rumänischer Armeestrand.

Brot aus Weizen gebacken. Bukarest, 17. Februar. (Eg. Transilvanien.) Vor dem Kriegsgesicht in Südchina wird demnach ein Broch festhalten, in dem Zustände in der Arme ausgebeutet werden, wie sie selbst in Rumänien einzeln bestehen. Der Kommandant der Rumänier der Armeebüro in Südchina, Oberstleutnant K. P. P. e. n. i. u. f. u. r. haben sich mehrere Interoffiziere des Besatzungsbezirks sowie der Vorgesetzten der Südchineser Armeebüro zu verantworten. Die Interoffiziere hat dabei angegeben, daß Japansen mit Waffen und im Einvernehmen der ihm den Rumänern große Interoffiziere besorgen und, um die Soldaten in den Rumänern zu unterstützen, den übrigen Mehl ebenfalls mündelhaftes Mehl, nachgewiesenermaßen auch Strafenlot, beigestrichelt hat. Vom 1. Januar 1924 bis 5. Juni 1925 haben Japansen und seine Spiegelleute nicht weniger als 300 000 Kilogramm Mehl der Armeebüro entzogen. Der Interoffiziersprogramm liegen zahlreiche Brote vor, die für die Soldaten aus dem

„Erfahrung“ hergestellt waren und die überwiegend Rehrigt enthalten.

Der „nationale“ Kronzeuge.

Berlin, 17. Februar. (Radiomeiduna.) Am Dienstag sollte sich vor dem Berliner. Schöffengericht Mitte ein deutlicher Kronzeuge“ aus dem Magdeburger Landesvertragsprozeß, und zwar der Zeuweißer Paul G. o. b. e. r. t. wegen Betrugs verantworten. Der Termin zur Aburteilung dieses Verfahrens war wiederholt angefallen, ohne daß G. o. b. e. r. t. erschienen ist. Auch am Dienstag fehlte er, so daß das Gericht beschloß, den deutlichen Kronzeuge“ jetzt wieder vorzuführen zu verweigern.

Ein nachahmendes Beispiel. Die anhaltische Staatsregierung beschloß, in Zukunft die Dienstfähigkeit der Beamten nicht mehr auf 65 Jahre zu beschränken, sondern die Pensionierung nur nach Gesundheitszustand und Leistungsfähigkeit zu bemerken.

